Nummer 264 — Halle, Sonntag, den 9. November 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark. Durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigenpreise werden nach Goldmark-Zeilen berechnet. Die 7 zeilige 0.21 Goldmark. Vorzugsbeilagen: Neue Drucksachen 10 und 6%. Brennbusstraße 27. Fernsprecher: Sammelnummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Konten: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22515. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" meldet, wird der Norddeutsche Lloyddampfer „München", der die Zeppelinmannschaft an Bord hat, am Sonnabendvormittag um 10 Uhr in Bremerhaven erwartet.

*

Die Finanzminister der Länder sind gestern, wie der „L.-A." mitteilt, bei einem geselligen Zusammensein Gäste des Reichsfinanzministers gewesen. **Nach der in den beteiligten Kreisen vorherrschenden Meinung kann man damit rechnen, daß im Laufe des Sonnabends eine positive Lösung der Steuerreformfragen erzielt werde.**

*

Die gestrige Vertretertagung der Deutschnationalen für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben war sich darin einig, daß die völlige Unmöglichkeit des Parlamentarismus für Deutschland endgültig erwiesen sei. Mit stürmischem Beifall wurde die Nachricht aufgenommen, daß **der Großadmiral von Tirpitz die Spitzenkandidatur für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben angenommen hat.**

*

Der verantwortliche Schriftleiter des offiziellen Organs der Kommunisten, der „Roten Fahne", wurde vom Staatsgerichtshof zu 1 Jahr Festungshaft verurteilt wegen verschiedener Aufsätze, in denen er zum Sturz der Verfassung aufforderte.

*

Bei den deutsch-französischen Kohlenlieferungsverhandlungen in Paris wurde die Kohlenmenge, die Deutschland auf Reparationskonto zu liefern habe auf etwa eine Million Tonnen monatlich festgesetzt.

*

In Paris fand eine sehr erregte Kammersitzung statt, in der die Linke die Ruhrpolitik scharf verurteilte als Ursache der mißlichen Finanzlage. Herriot erklärte, daß er mit aller Kraft für den Ausgleich des Budgets kämpfen werde, denn nur so sei die Teuerung aufzuhalten und die Währung zu retten.

*

Paris, 7. November. Herriot hat die von den Teilnehmern an der Ruhrbesetzung beantragte Einführung einer Denkmünze abgelehnt. Der Ministerpräsident betonte, daß die Ruhrbesetzung weder eine militärische Maßnahme, noch ein Feldzug gewesen ist — Der Antrag auf Gewährung des Abzeichens beweist, daß die Teilnehmer der Ruhrbesetzung anderer Meinung sind als der Herr Ministerpräsident. Und die, die selbst dabei gewesen sind, müssen es doch schließlich besser wissen.

*

Gestern fand unter dem Vorsitz Herriots am Quai d'Orsay eine Besprechung statt, die sich mit **dem elsaß-lothringischen Problem** befaßte. Zugegen war eine Reihe elsaß-lothringischer Parlamentarier. Auf der Tagesordnung stand ein Meinungsaustausch über die Aufhebung des Generalkommissariats und über religiöse Fragen. Herriot teilte mit, er werde demnächst einen Gesetzentwurf einbringen, der die Aufhebung des Generalkommissariats von Elsaß-Lothringen am 1. Januar 1925 bezweckt. — Das wäre das erste große Zugeständnis an die Elsaß-Lothringer! Die Franzosen werden schon noch merken, daß es nicht so leicht ist, die elsaß-lothringischen Alemannen gegen ihren Willen zu Franzosen zu machen.

*

In Jugoslawien ist endlich ein neues Kabinett unter Pasitsch zustande gekommen. Die Vereidigung fand gestern abend statt. Für die nächsten Tage wird die Veröffentlichung des königlichen Dekrets über die Auflösung der Skupschtina und Ausschreibung von Neuwahlen für Februar nächsten Jahres erwartet.

*

An der polnisch-russischen Grenze ist wiederum ein Bandenüberfall verübt worden. Ein großes Gut ist vollständig ausgeplündert und sämtliche Gutsgebäude in Brand gesteckt worden. — Es scheinen dort wirklich musterhafte Zustände zu herrschen.

*

Gestern haben Macdonald und die übrigen Minister dem König die Staatssiegel ausgehändigt. Etwas später fand im Beisein des Königs eine Sitzung statt, an der die Mehrzahl der neuen Minister teilnahmen, um die Siegel zu empfangen.

*

Die „Vossische Zeitung" meldet aus New-York, Präsident Coolidge habe erklärt, daß er die Absicht habe, den neuen Kongreß nicht vor Dezember 1926 einzuberufen. — Der demokratische Herrscher der neuen Welt hat es offenbar gar nicht eilig, sein Land demokratisch zu regieren, er regiert lieber allein. Und das das gerade die „Vossische Zeitung", das demokratischste Blatt der Welt, meldet, ist — „zum Schießen!" Aber schießen? Das tut die Vossische nicht, sonst wäre sie und die Demokratie erschossen.

Rücktritt der Wiener Regierung.

Wien, 8. November. Bei den gestrigen Verhandlungen mit den Eisenbahnern kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die von der Bundesbahndirektion gemachten Vorschläge wurden von den Angestelltenvertretern abgelehnt, die erklärten, daß die Streikparole nicht mehr zurückgenommen werden könne. Generaldirektor Günther drohte darauf mit seinem sofortigen Rücktritt und teilte mit, daß Bundeskanzler Dr. Seipel den Rücktritt der Regierung angekündigt habe, falls der Streik zur Tatsache wird. In Wien hat eine Massenflucht der Fremden eingesetzt, die abgehenden Züge wurden gestürmt, ohne daß annähernd alle Passagiere mitfahren konnten. Die vornehmen Stadthotels leerten sich in den Nachmittagsstunden und es blieben nur wenige Fremde, die über Autos verfügen, zurück.

*

In später Abendstunde wurden die Verhandlungen mit den Eisenbahnern abgebrochen, die sofort den Streik proklamierten. Der Generaldirektor der Bundesbahnen, Dr. Günther, hat seinen Rücktritt eingereicht.

Darauf ist auch die Regierung zurückgetreten.

Endlich eine neue Partei!

„Vater werden ist nicht schwer,
Vater sein dagegen sehr."
Wilhelm Busch.

Ich war wirklich schon ernstlich in Sorge, daß der blühende Bl... pardon: Parlamentarismus anfinge zu welken, und daß vor dem letzigen Wahlkampf eine Zusammenlegung unserer Parteiinflation, sozusagen eine Goldbilanzierung stattfinden würde, bei der eine Anzahl Parteien weggefallen wäre. Etwa wie es unsern entsetzlich unmodernen Vorfahren mit der staatspolitischen Entwicklung von der Kleinstaaterei des 18. Jahrhunderts zur Reichseinheit ging.

Zum mindesten hatte letzlich die Parteigründertätigkeit ebenso nachgelassen wie die „Inflation-aktiengesellschafts-Gründertätigkeit". So hat die deutsche industrielle Vereinigung nach ihrer Abtrennung vom Reichsverband der deutschen Industrie keine neue Partei gegründet, ebenso wenig die liberale Vereinigung der aus der demokratischen Partei bekehrt Ausgeschiedenen. Es sah wirklich flau aus am Parteimarkt, genau wie am Aktienmarkt. Die Parteibörse „verkehrte in lustloser Haltung", so nennt das schön und treffend der Fachmann.

Da ist endlich ein Wandel eingetreten. **Der liebe politische Klapperstorch — wenn er auch nicht schwarz-weiß-rot wie der richtige, sondern nur schwarz-rot-gold, also offenbar eine fremde Abart ist —, hat uns endlich wieder einmal eine neue Partei beschert.** Und alle Anhänger des „Bundes der Kinderreichen" Politik werden das erfreut begrüßen.

Wir danken diese neue Partei einem Konsortium, das sich zusammengetan hat, „um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen." Ein Landrat, eine Johanniterschwester und ein Rechtsanwalt in Halle sind die Gründer. Die Partei verfügt also von vornherein über ein Verwaltungsorgan, einen Rechtsbeistand und ein gutes Herz. Wenn nun auch das nötige Betriebskapital sich findet, ist das immerhin kein schlechter Anfang.

Die Neugründung nennt sich „Aufwertungs- und Aufbaupartei".

*

Mit dem Namen hat man nach meinem rein persönlichen Gefühl nicht den allerbesten Griff getan. Ich finde, das doppelte „Auf" könnte auf- und ab- und anstoßen. Wenn ich als Taufpate gebeten werden sollte, — die Presse gehört nun einmal zur Partei wie das Salz zum Ei, es wäre also immerhin möglich — dann würde **ich als Namen für das Kind vorschlagen: „Aufwertungs- und Abbaupartei". Denn erstens finde ich das „Auf- und Ab" viel charakteristischer für heutige Parteien.** Außerdem scheint mir zwischen Abbau und Aufwertung ein tiefer Zusammenhang zu bestehen, indem nämlich die Aufwertung ohne Abbau nicht gut möglich sein dürfte.

Das doppelte „Auf" ist offen gestanden schon mir „zu hoch"; und nun vollends erst für ein Neugeborenes! Falls aber der Abbau doch lieber nicht so sehr das Ziel der Neugründung sein sollte, würde ich vorschlagen, das zweite „Auf" einfach wegzulassen. Also „Aufwertungs- und Baupartei. Diese Abkürzung würde zugleich eine sehr wirksame Attraktion für künftige Parteimitglieder sein; denn die Baunot ist nicht geringer als die Aufwertungsnot, man schlägt also gleich zwei Fliegen mit einer Klatsche, was man im Programm auch versucht hat. Aber man hat die Vereinfachung des Titels abgelehnt, vielleicht aus echt demokratischer Respektierung anderer, um anderen Gründern nicht diesen wunderbaren schlagkräftigen Namen Baupartei wegzunehmen. In diesem Falle biete ich den Namen „Baupartei" einschließlich des darin enthaltenen Programms allen Interessenten hiermit zum Kauf auf; wird auch der andere Vorschlag „Abbaupartei" mit übernommen, so gebe ich Engrospreis. **Firmenschutz für beide Namen ist durch Antrag auf Eintragung in das Parteihandelsregister wohlweislich von mir gesichert, denn gute zugkräftige Parteinamen werden immer seltener.**

Im übrigen bin ich allerdings mit mir schwer im Zweifel, warum die glücklichen Eltern der neugeborenen Partei eigentlich überhaupt eine Partei gegründet haben. Wenn dabei nicht ein so tüchtiger Rechtsbeistand mitgewirkt hätte, würde ich annehmen, daß man eigentlich eine Aktiengesellschaft hat gründen wollen, und daß nur versehentlich eine Partei daraus geworden ist, — wie ja auch manchmal statt des ersehnten Jungen ein Mädel ankommt. Mit der Kriegsanleihe hat man es jedenfalls schon einmal so gemacht und hat eine A. G. zur Kursregulierung usw. gegründet. Für alle Fälle möchte ich mir bezüglich meiner eigenen Ideen „Abbau"- und „Baupartei" die Möglichkeit der Gründung als A. G. vorbehalten, „und versteht sich obiges Angebot freibleibend."

Ich habe mir nun das Programm der neuen Partei „durchaus studiert mit heißem Bemühen" und habe festgestellt, daß **die kapitalistische Grundtendenz (Aufwertung) in einem so anregenden Gegenseitigkeitsverhältnis mit einer sehr deutlichen antikapitalistischen Tendenz steht, daß das Programm alle wünschenswerte Dehnbarkeit und Elastizität eines erstklassigen — Strumpfbandes hat und notfalls sogar für beide Beine zugleich passen würde. Das ist für moderne Parteien entschieden zweckmäßig.**

Leider habe ich nicht ganz verstanden, wie man die Aufwertung und den Aufbau finanzieren will. Aber was darüber gesagt ist, klingt sehr, sehr schön. Und das ist doch die Hauptsache; denn du liebe Güte, wenn man das alles **immer erst verstehen müßte, was in einem Parteiprogramm drin steht, dann müßte man das ganze wundervolle heutige Wahlrecht ändern und das Wahlalter von zwanzig Jahren auf das ehrwürdige Alter Methusalems heraufsetzen!** Und vielleicht würden selbst die Methusalems es nicht alle verstehen.

Kurz: die Neugründung ist ganz vortrefflich, weshalb ich dem Neugeborenen als höflicher Mensch meinen Glückwunsch darbringe. Allerdings weiß ich das Eine nicht: ob es eigentlich so brennend nötig ist, daß man das deutsche Ueberbevölkerungsproblem dadurch noch kompliziert, daß man auch noch ein Parteiüberbevölkerungsproblem schafft. **Das „Zweikindersystem" scheint mir für das Parteileben gar nicht so übel.** Jedenfalls würden mir persönlich die vorhandenen zwei Dutzend Parteien reichlich genügen und ebenso das Aufwertungsprogramm der zwei Rechtsparteien.

Es mag ja sein, daß die neue Partei ein Patentverfahren für die Aufwertung hat. Man erfährt nichts davon und „kann also nie wissen" (allerdings auch nicht, ob es besser ist). Ueberdies habe ich **gegen Patentlösungen in der Politik nachgerade ein unüberwindliches Mißtrauen.** Solche Neuerungen, wie auch Bubikopf usw., sind ja ganz schön. Aber sie kommen so schrecklich schnell aus der Mode und — entweder muß man zuviel Haare dabei lassen oder man findet ein Haar darin.

Deshalb müssen die Herren Gründer des neuen Unternehmens mir schon verzeihen, ich zeichne bestimmt keine Aktien — pardon, wollte sagen: ich werde bestimmt nicht Mitglied. E.

England nach den Wahlen.

Von Dr. Walther Schotte.
Herausgeber der Preußischen Jahrbücher.

Die „Mitte" wurde zerrieben! Das ist der Sinn des Wahlkampfes, in dem er von den Konservativen provoziert und von der Labour Partn aufgenommen wurde. Die Konservativen fanden unerträglich, daß durch die schwankende Haltung der Liberalen die Minderheitsregierung Macdonalds eine Politik treiben konnte, die sich der Kontrolle durch die parlamentarische Opposition mehr und mehr entzog. Umgekehrt rechneten die Sozialisten für ihren Kampf gegen die Konservativen auf soviel Zuzug aus dem liberalen Lager daß sie eine absolute Mehrheit erringen könnten. Ihr Rechenfehler erklärt sich aus den Unberechenbarkeiten der Politik, die sich im englischen Wahlsatz auswirkten.

Der englische Wahlkampf ist darum unberechenbar, weil **für die Entscheidung der Wähler nicht ihre Parteizugehörigkeit, die es im Geiste des deutschen Parteiwesens überhaupt nicht gibt, auch nicht für Parteiprogramme und erst recht nicht der Eindruck von Wahlprogrammen ausschlaggebende Bedeutung haben, sondern lediglich die Frage, wer von den Kandidaten für die Führung des Landes persönlich das größere Vertrauen verdient.**

Ein primitives Wahlrecht zwingt von vornherein zur Zusammenfassung aller Kräfte nach politischen nicht aber nach parteilichen Gesichtspunkten. Wenn auf dieses eminent politische Wahlrecht, das nur den relativen Mehrheiten zum Siege verhilft, keine Rücksicht genommen wird, dann kann es sich ereignen, daß alle die Stimmen, die zersplittert sind, auch politisch verloren gehen. Das ist diesmal bei den über drei Millionen liberalen Stimmen der Fall gewesen, die nirgendwo relativ die Mehrheiten schufen, so daß die Liberalen nur vierzig Plätze erhielten, obwohl sie der Stimmenzahl nach beinahe halb so stark sind wie die Konservativen, die durch den Sieg ihrer relativen Mehrheiten über vierhundert Plätze eroberten.

Wir Deutsche, durch unser Vereinswahlrecht der Politik entwöhnt, empfinden dies Ergebnis nur als ungerecht statt den Segen zu spüren der durch die Konzentration der Kräfte entstehen muß. Sie drängt Wähler und Parteien zu politischen Entscheidungen und in politische Fronten hinein. Von welcher Bedeutung das für die Politik eines Landes ist, das ist in England auch den Doktrinären unter den Sozialisten und Demokraten klar geworden. Auch die Labour Partn hat, als sie regierte, nicht einmal im Traum daran gedacht, das Wahlrecht zu ändern, obwohl zumindest eine starke Möglichkeit war, daß bei der unberechenbaren politischen Lage das Wahlrecht gegen sie entschieden würde.

Aber die Regierung Baldwin wird gezwungen sein, kurz zu treten. Ihre Vorgängerin war eine **Regierung der Liquidation.** Sie versuchte, die Spannung mit Sowjetrußland zu beseitigen, die Reparationsfrage und die Sicherheitsfrage zu lösen, die beide die Ruhe des Kontinents in Gefahr brachten. Im übrigen beobachtete sie draußen in der Welt eine Zurückhaltung da wo das konservative England fester zugegriffen und rüstungspolitisch die Zukunft vorbereitet hätte. Die Regierung Baldwin, deren Außenminister der von kolonialpolitischen Traditionen herkommende Chamberlain ist, will dies weltpolitische Manko der Labour Partn ausgleichen, worin ihn besonders die Frage von Singapur und die Wirrungen des chinesischen Bürgerkrieges bestimmen dürften. Dann aber wird Chamberlain die Politik der Liquidation in Europa fortsetzen müssen, um nicht durch eine Häufung der außenpolitischen Schwierigkeiten die innerpolitische Machtgrundlage der konservativen Regierung zu erschüttern. Es sei denn, daß sich eine besondere Chance für England bieten würde, auf dem Kontinent eine so erfolgreiche Politik zu treiben, daß das System des europäischen Gleichgewichts, welches durch Frankreichs Nachkriegspolitik erschüttert ist, wiederhergestellt werden könnte. Das Verhältnis zu Frankreich, welches gerade vom konservativen Standpunkt aus lediglich durch die Sorgen um das europäische Gleichgewicht getrübt und im übrigen keineswegs animos ist, ist gewiß ein Kardinalproblem der englischen Politik. Aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist anzunehmen, daß die Politik Chamberlains durch die Misserfolge Curzons gewarnt von sich aus nichts tun wird, um die Lösung dieses Problems zu forcieren und das Verhältnis zu Frankreich unter allen Umständen zu klären. Da der konservativen Regierung der demokratische Gegenspieler nur angenehm sein kann **wird sie wohl noch unsäglicher als Macdonald bemüht sein, Herriot zu stützen. Deutschland also hat für die Abwicklung der Abmachungen von London gegenüber Frankreich auf tatkräftige Hilfe von seiten der neuen konservativen Regierung kaum zu rechnen. Es sei denn . .**

Es sei denn daß aus den deutschen Wahlen eine konservative oder mindestens eine parlamentarische Rechtsregierung hervorgeht.

Die Möglichkeit eines Zusammengehens konservativer Regierungen in England und in Deutschland beruht keineswegs etwa auf gegenseitiger Sympathie. Denn woher soll solche Sympathie entstehen? Gleichgerichtetheit der Anschauungen ist um so weniger eine Grundlage dafür, als aus machtpolitischem Denken hier und dort sehr leicht auch Gegenäße sich entwickeln können. Um der schönen Augen der deutschen Konservativen willen wird England ganz gewiß keinen Finger rühren. Unsere Wetter überm Kanal sind von solchen ideologischen Sentimentalitäten völlig frei.

Dagegen würde eine konservative Regierung in Deutschland dem Engländer die Hoffnung bieten, daß auch hier anstelle der seit fünf Jahren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241109015/fragment/page=0001

beliebten demokratischen internationalen Anpassung das selbständige machtpolitische Wollen sich wieder entwickeln wird.

Seit dem Ruhrkampf ist das Mißtrauen allerdings groß und es müßte erst der Beweis erbracht werden, daß dies Wollen in der Richtung, die England erwartet und vielleicht auch wünscht, bei den Konservativen Deutschlands vorhanden ist und unter ein Gelegenheit sucht, sich auszuwirken. Würde Deutschland im Osten, dort, wo die Verhältnisse noch nicht gefestigt sind die Leidenschaften im Fluß sind, eine nationale deutsche Regierung zugreifen und an diesem Zugriff auch festhalten, dann vielleicht kann sie auf ein konservatives England rechnen.

Der Engländer wird eben nur dann ein Bundesgenosse, wenn er der Energie des Gegenspielers sicher ist und umgekehrt, kann nur ein selbstbewußter Gegenspieler den Engländer zu bundesgenössischer Leistung zwingen. Wer aber den Engländern hinterläuft, um Hilfe bettelt, ohne selbst etwas zu wollen, wie das unsere Demokraten tun und taten, der wird nicht nur um Sich gelassen, sondern verraten und „verkauft“.

Das Kabinett der „Freunde Frankreichs“.

Paris, 8. November. In Paris wird das Kabinett Baldwin sehr günstig beurteilt. Besonders angenehm berührt, daß die meisten Mitglieder des Kabinetts schon während des Krieges mehr oder weniger in freundschaftlichen Verkehr mit französischen Stellen getreten sind, so daß man sagen könnte, daß die neue Regierung aus politischen Freunden Frankreichs zusammengesetzt ist. Besonders wird die Ernennung Chamberlains zum Außenminister begrüßt. Auch Churchill habe sich während des Krieges als aufrichtiger Freund Frankreichs gezeigt und man glaubt, daß er sich bei der kommenden Regelung der interalliierten Schulden sehr entgegenkommend zeigen werde.

Der Fall Nathusius.

Paris, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutsche Botschaftsrat v. Rintelen, der im Auftrage der deutschen Botschaft seit Mittwoch in Lille weilte, hat gestern General v. Nathusius in der Arrestanstalt aufgesucht. Der Unterredung wohnte auf Veranlassung des kommandierenden Generals ein Artillerieleutnant bei. v. Nathusius hat dem Gesandschaftsrat eine Reihe von Entlastungszeugen namhaft gemacht, die die deutsche Botschaft heranzuschaffen versuchen wird.

Der Meyer Rechtsanwalt Nicolai, den General v. Nathusius mit seiner Verteidigung beauftragt hat, hält sich zur Zeit in Paris auf und wird in einigen Tagen nach Lille reisen. v. Rintelen ist gestern abend 7 Uhr nach Paris zurückgekehrt, um seinem Vorgesetzten Bericht zu erstatten und die deutsche Regierung über die Lage und die eingeleiteten Schritte durch eine Depesche zu unterrichten. Botschaftsrat v. Rintelen wird wahrscheinlich am Sonnabend abend nach Lille zurückkehren. Gestern früh war der General von leichtem Unwohlsein befallen.

Herr v. Rintelen gab vor seiner Abreise eine Erklärung ab, in der er sagt, daß v. Nathusius sagen das über ihn gefällte Urteil protestiere. Ueber die diplomatischen Folgen, die die Verhaftung des deutschen Generals nach sich ziehen, erklärte der Botschaftsrat, daß sie von den Beschlüssen der beiden Regierungen abhängig seien.

*

Wir wollen nur hoffen, daß unsere Regierung sich der Bedeutung des Falles Nathusius voll bewußt ist — und danach handelt! Daß man jemanden verurteilt, ohne zu hören, ist **ein Hohn auf die Grundprinzipien des Rechts und der Menschlichkeit.** Und wenn ein solches Opfer der Schandjustiz ein angesehener Angehöriger eines Volkes ist, mit dem man angeblich freundschaftliche Beziehungen anstrebt und zurzeit in großen grundlegenden Wirtschaftsverhandlungen steht, so ist das eine ganz **heimtückische, hinterhältige Niedertracht. Denken die Franzosen etwa, wir werden uns erst verprügeln lassen und nachher „Pfötchen geben“?**

Freilich, wundern kann man sich nicht, daß sie uns das zumuten. Denn unsere Sozialdemokraten **haben seit der Revolution nie etwas anderes getan,** als den Franzosen Pfötchen geben. **Jetzt mag unser Reichspräsident zeigen, ob er Verantwortungsgefühl gegenüber der Nation hat, an deren Spitze er steht, und die Handelsvertragsverhandlungen in Paris abbricht, bis die Franzosen durch Freilassung des Generals von Nathusius bewiesen haben,** daß sie es anständig mit uns meinen.

*

General von Nathusius erklärte nach dem „Petit Parisien“ einem der beiden Polizeibeamten, die ihn von Metz nach Lille begleiteten: „Ich bin sicherlich das Opfer eines Irrtums. Meine Verurteilung ist ganz zweifellos zu Unrecht erfolgt. Ich kann versichern, daß ich niemals die Taten begangen habe, die man mir zum Vorwurf macht. Ich hoffe auf das Bestimmteste, daß meine Unschuld sich in ganz kurzer Zeit herausstellen wird.“

*

Die Fournieragentur in Paris verkündet, die Nachforschungen der Militärkontrollkommission im Laufe der letzten Woche hätten zur Entdeckung eines großen Vorrates von Waffen und Munition geführt, was beweise, daß Deutschland weit davon entfernt sei, abgerüstet zu haben. — Man sieht, im Interesse der „Verständigungspolitik“ unserer Sozialisten wird munter weiter gehetzt und gelogen.

Coolidge zwischen zwei Feuern.

Der neue Kongreß der Vereinigten Staaten setzt sich, wie heute amtlich bekannt wird, aus 55 Republikanern, 40 Demokraten und einem Farmer zusammen. Unter den Republikanern befinden sich fünf Progressive, wahrscheinlich darf man noch mit vier weiteren Anhängern Lafolettes in ihren Reihen rechnen, so daß die republikanische Partei, den Demokraten gegenüber, einen schweren Stand haben wird. Ausschlaggebend für alle Entscheidungen ist jedenfalls die Stellung Lafolettes. Im Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner auch über keine überwältigende Mehrheit. 247 von ihnen stehen 184 Demokraten gegenüber. Die 16 Progressiven dürften aus den republikanischen Reihen bald zur demokratischen Opposition übertreten.

Italien — Rußland und Bessarabien.

Einer offiziellen Auslassung der „Epoca“ zufolge wird Italien den Vertrag über Bessarabien, durch den dieses Land an Rumänien gefallen ist, nicht unterzeichnen. Es leiste der Welt durch seine Nichtunterzeichnung einen großen Dienst, denn an dem Tage, an dem diese Konvention in Kraft tritt, werde **Rußland sicherlich den Krieg erklären.**

Der Gesandte Rakowski erklärte einem Vertreter der „Epoca“, daß die Sowjetregierung niemals auf die Volksabstimmung in Bessarabien verzichten werde. Sie soll stattfinden, sobald die rumänischen Beamten und Soldaten Bessarabien verlassen haben. Rakowski fügte noch hinzu, daß 53 Prozent aller Bevölkerung Bessarabiens nicht rumänischer Herkunft seien, und daß sich selbst die dort lebenden Rumänen der Einverleibung Bessarabiens durch Rumänien widersetzen. Auch Italien ist der Ansicht, daß das Schicksal Bessarabiens durch eine Volksabstimmung entschieden werden müßte.

Daß Italien in dieser für die Zukunft des Balkans außerordentlich bedeutsamen Frage sich so entschieden gegen die Entente auf die Seite Sowjet-Rußlands stellt, ist ein neuer Beweis dafür, welche weittragenden Pläne es mit seiner russenfreundlichen Politik verfolgt, wofür ja auch die gestern von uns gebrachte und sich anscheinend bestätigende Nachricht über das große Kohlen- und Industrieabkommen mit Rußland ein deutlicher Beweis ist. Wie wir schon gestern andeuteten, leitet Italien mit seiner Russenpolitik tatsächlich eine neue europäische Epoche ein, die um so bedeutsamer ist, als sie das Schwergewicht Europas aus dem Westen und Zentrum nach Süden und Osten verlegt. Der Krieg läßt die Vormacht Europas über die Welt auf Amerika übergehen, den Rest der Macht des europäischen Westens und Zentrums wird durch Italien zerbrechen, am Horizont zeichnet sich eine Machtverteilung ab, die an Oswald Spenglers Wort vom „Untergang des Abendlandes“ gemahnt.

Wir Deutschen, das Zentrum und Herz Europas müssen uns endlich aufraffen zu energischem Willen, wenn die Monitrenlagerung verhindert werden soll.

Die Siegesfeier des Faszismus.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Rom, 5. November.

Trotzig, wie es dem Starken geziemt, der sich am mächtigsten allein fühlt, hat der Faszismus die Halben und Lauen von den Stufen des Thrones gewiesen, auf dem er zum zweiten Mal den Jahrestag der schwarzen Revolution feierte.

Diesmal lag es wie Kampfstimmung über der Festwoche. Im vorigen Jahre unternahm Mussolini noch einen Triumphzug fast klassischen Stils durch das Land.

In seinem Sonderzug mitfahrend, Auto an Auto mitrasend, sah ich den Diktator in einem wilden Meer von schwarzen Fezen stehen, in Bologna kletterte ein Mann aus dem Volke während der Ansprache des Duce an der alatten Wand des Domes hinauf bis zur Zinne — was galt ihm heute sein Leben! — und im mitternächtlichen Florenz lehrten die Mütter ihre Kleinsten, die Patschhändchen gegen die Kraftwagen ausstrecken zum römischen Gruß.

In Perugia gab es keine Absperrung, Bersaler und Schokoladenmädels drängten sich an den **eisernen Herzog** heran. Bei der Weiterfahrt brachen Dächer von Bahnhofsschuppen unter der Last der stundenlang Harrenden. Und erst in Rom! Der Diktator lud den König zu Gast . . . Wie ich die beiden so verschiedenen Männer nebeneinander in den prunkvollen Räumen des Palazzo Venezia sah, es erschien mir wie ein historisches Gemälde. Und heute vermeine ich, ein Kapitel im Geschichtsbuch zu Ende gelesen zu haben. Es beginnt ein neues.

Es gab diesmal keinen Triumphzug. Aber am 28. Oktober scharten sich die schwarzen Legionen zusammen und leisteten den Eid „zum unentrennbaren Wohle des Königs und des Vaterlands“.

Mussolini brachte dem Monarchen ein trefflich disziplinertes, brachte ihm sein aus dem Boden gestampftes Heer zum Geschenk dar, ein Privatheer, das größer ist als das stehende! Hat ein Mann, der solches zuwege brachte, nicht ein Anrecht darauf, etwas stolz zu sein? Darf man es ihm verdenken, wenn er gläubig in die Zukunft schaut? Und so forderte er alte Unglaubigen, die ganze Masse seiner Feinde in die Schranken, indem er seinen Schwarzhemden auf dem Domplatz zu Mailand bereits ein Stellbichein für den nächsten 28. Oktober an der gleichen Stelle gab! In diesem Augenblick dröhnte durch das ganze Land der Schwur der Schwarzhemden. „Ich schwöre!“

Unvergeßlich das Bild dieser todverwegenen Jugend inmitten der Trümmer des alten Rom, vor den roten Riesenmauern der Caracallathermen.

Am 30. Oktober feierte die Hauptstadt die zweite Einnahme von Rom. Bunte Wimpel an den Straßenbahnen, flammende Manifeste. Und nun machen die Frontkämpfer doch noch mit. Wo eine Gruppe Kriegsblinder auf der Straße auftaucht, springt alles von den Stühlen vor den Kaffeehäusern auf, steht in den Wagen und grüßt ergriffen aber mit hinreißender Selbstvergessenheit.

Jeder Tag bringt Neues. Ueber Rom findet die erste, glänzend gelungene Luftparade statt. Hunderte von eisernen Vögeln kreisen um das Kapitol.

Und Mussolini gibt einen Tagesbericht aus: Sieg auf der ganzen Linie! Der Tag wird kommen, wo die Gegner auf dem Aventin die weiße Flagge aufziehen werden! Wir können warten . . .“

1. November. Nationalfeiertag. Die faszistischen Siegesfeiern gehen zwanglos über in die nationalen: am 4. November zerfiel die Macht Habsburgs . . .

Gustav W. Eberlein.

Die Vortruppen Tschang-Tso-Lins, des Oberherren der Mandschurei, haben Peking erreicht. Die Nationalkonferenz der chinesischen Generale und politischen Führer, die die neue Staatsform festsetzen soll, dürfte erst in zwei Monaten stattfinden. Bis dahin soll China von einer Regierung beherrscht werden, die den Charakter einer Militärdiktatur trägt.

Dr. Stresemann in Dessau.

Dr. Stresemann führte in einer Rede in Dessau u. a. aus:

Mit der Politik einer bedingungslosen Annahme dessen, was der Gegner uns vorschreibt, seien wir nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Er habe aus London die für das Leben gute Lehre mit nach Hause genommen, daß man eine **gute Meinung bei unseren Gegnern nur dann erzielen könne, wenn man als Deutscher deutsches Recht vertrete.** Der Minister berührte dann die Völkerbundsverhandlungen und betonte, wenn man der Linken gefolgt und bedingungslos in den Völkerbund eingetreten wäre, dann säßen wir wahrscheinlich heute auf dem Armensünderbänkchen und kein Mensch hätte sich für uns gerührt.

„Wir wollen durch die Mittelstraße in den Völkerbund und nicht durch eine Seitentür“.

Zur Innenpolitik übergehend, erklärte der Außenminister: Man sage, die **Republik sei bedroht. Er wisse nicht, wodurch sie bedroht sei.** Er sei der Meinung, daß wir für vorläufig auf unabsehbare Zeit auf dem Boden der Republik stehen würde. Eine solche Politik müsse gemacht werden, weil man die Konsolidierung Deutschlands nicht durch einen Bürgerkrieg erschüttern wolle. **Der Eintritt der Deutschnationalen** in die Regierung wäre ein Triumph für den gegenwärtigen Staat gewesen. Es liege im Interesse des Staates, wenn alle verständigen Elemente im Staate mitarbeiteten. Deshalb wünsche er, daß die extremen Elemente rechts und links bei den Reichstagswahlen am meisten geschwächt würden. Der Außenminister rühmte dann noch die Verdienste Dr. Luthers um die Erhaltung der Rentenmark. Nachdem man jetzt die Auslandsanleihe habe, sei auch das Kabinett gewillt, positive Vorschläge in der **Aufwertungsfrage** zu machen. Alles unselbstsehen zu machen, sei unmöglich; aber das größte Unrecht wieder gutzumachen sei das deutschen Volkes Pflicht. Auf dieser Grundlage müßten auch die Parteien zusammen arbeiten.

Arbeiter und Steuern.

In Oberhausen kann zahlreichen Arbeitern der Werke und Zechen an den Lohntagen kein Geld ausgezahlt werden, da die Verwaltungen Hunderte von Lohnzahlungsverboten infolge noch rückständiger Steuern der Belegschaftsmitglieder erhalten haben.

*

Wenn andere Bevölkerungskreise einmal ihre Steuern nicht zahlen, gibt es in der Linkspresse ein furchtbares Hallo über Steuerscheu und Steuersabotage. Was ist fe z. B. über die kleinen Landwirte hergezogen! Aber wenn der Arbeiter seine Steuern nicht zahlt, ist das ganz in der Ordnung. Das stimmt wohl doch etwas nicht, denn die Linkspresse predigt noch: „Gleiches Recht für alle.“ Also auch gleiche Pflicht! Und Gesetz ist Gesetz, gezahlt muß werden. Mögen die Arbeiter sich bei den Urhebern der Revolution bedanken, daß sie jetzt Steuern zu zahlen haben. Unter den früheren Regierungen gab es das nicht. Aber so lange uns die Revolutionäre regieren und den Arbeitern Steuern auferlegen, müssen die Arbeiter sie auch zahlen. Sie können ja am 7. Dezember bei der Wahl entscheiden, ob sie weiter so regiert und besteuert werden wollen, wie bisher unter der Herrschaft der „Vertreter der Arbeiterschaft“.

Preisabbau der Regierung.

Theorie und Praxis.

Die Regierung hat unter ihren sogenannten Verbilligungsmaßnahmen auch die Herabsetzung der Gütertarife um 10 Proz. verfügt. Was das in Praxis bedeutet, mögen folgende Zahlen beweisen:

Auf 200 km Transportlänge beträgt die Fracht auf Goldmark umgerechnet für:

	Steinkohle	Landwirtschaftl. Maschinen	Getreide
in Deutschland	0.78	2.94	1.49
in Frankreich	0.51	1.39	0.77
in Italien	0.50	1.02	0.68
in Belgien	0.33	1.39	0.57

Die aufgeführten ausländischen Frachten sind also um die Hälfte, bei Getreide sogar teilweise um ⅔ billiger als in Deutschland.

Was besagt da eine Frachtermäßigung um 10 Prozent?

Die Insel der vorlorenen Schiffe.

Roman von **Crittenden Marriott.**

Ins Deutsche übertragen von **Ottomar Reichard.**

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dann brach der Jüngere los: „Das ist das Größte, was wir je hatten, aber was wird Mister Fairal sagen?“

Und der Aeltere: „Ja, was wird er sagen?“

Dann verließen sie fluchtartig den Raum, um den Genannten danach zu fragen.

* * *

Die Manhattaninsel, auf der sich die Riesenstadt Neuyork zusammendrängt, wird bekanntlich ihrer ganzen Länge nach von einem Dutzend breiter Straßen durchzogen; diese wieder werden von etwa 300 anderen Straßen quergeteilt. An diesem Tage gelang es dem vorsichtigsten Fußgängern Neuyorks nicht, eine der Straßenecken zu passieren, ohne von einem Zeitungsjungen überrannt zu werden. „Kaufen Sie eine dicke Zeitung“ — „Get a big journal“ — raste es stadtaufwärts und -abwärts. In die Hoch- und Untergrundbahnen drängten sich die Verkäufer. Der Kran, der an der Ecke der 250. Straße den Arbeitern auf dem neu zu errichtenden Wolkenkratzer Steine und Balken zuführte, nahm 50 Exemplare des Neuyork Banner mit hinauf. In das wegen der Hitze abgedeckte Glasdach der großen Halle am Madisonsquare, in der ein Wanderprediger gerade eine neue Religion propagierte, flogen die Exemplare, das große Bogmatch im Central-Park wurde mit weißen Blättern überschwemmt. Selbst die Polizeikonstabler, die Verkehrsregulierend in ihren Richtungstürmchen hockten, versuchten die Nummer zu erhaschen, und alle Pullmancars, die aus der Great Central Station ausliefen, schleppten die Blätter nach Chicago, Philadelphia und in die entferntesten Prairieblockhäuser hinaus. In allen Drogstores, in den großen Warenhäusern und in den Lifts der Geschäftshäuser breiteten die Leser, fieberndd vor Erwartung, den Neuyork Banner zwischen den ausgestreckten Armen aus. Die achtundvierzigzylindrigen Rotationsmaschinen konnten dem Verlangen nach Neuauflagen nicht nachkommen. Kaum war das erste Hunderttausend vergriffen, so meldeten die 300 Auslieferungsstellen verzweifelt, daß wieder unbegrenzte Ziffern notwendig seien. Jeder Gast in sämtlichen Neuyorker Hotels bekam als Morgengruß den Neuyork Banner aufs Zimmer geschludert, jeder Börsenbesucher im Wallstreet traf Schlagzeile und Text. Brüllend, rennend, schäumend, vertrieben 5000 Menschen die Sensation und die 5-Cent-Stücke, die sich in ihren Taschen häuften, drohten die Kleider zu sprengen. Selbst die Neuwahl des Gouverneurs mußte hinter dem Gebotenen zurückstehen. Niemand achtete auf Petroleumskandal, auf Mittelsungen von Tammany Hall, auf die Ankunft der märchenhaften Sängerin mit der goldenen Kehle. Ganz Neuyork, einschließlich Brooklyn, einschließlich der Einwandererhalle von Ellis Island stand im Banne der neuesten, der größten, der schrecklichsten Sensation, die seit den Tagen von Mac Kinleys Ermordung gesehen worden war.

An der Ecke einer in die Bowery abfließenden Straße entriß ein ziemlich schäbig gekleideter, entmutigt aussehender blonder Jungemann einem Chinesen das Blatt. Er warf einen Blick auf die Aufmachung, er las: „Well: 3500 meldet!“ Er las weiter: „Ein Mörder und eine Dollarprinzessin.“

Und mit seinen letzten 50 Cents sprang er in ein Auto und fuhr geraden Wegs in die Redaktion des Neuyork Banner, die er seit geraumer Weile nicht mehr zu betreten gewagt hatte.

Das war Fritz Leberkusen aus Hamburg.

VI.

„Unsere Leser,“ schrieb der Neuyork Banner, „wissen aus unseren früheren Berichten, daß die Passagiere der „Queen“, die in die Boote flüchteten, nach vierundzwanzigstündigem Umherirren von einem Kohlen-Steamer aufgenommen wurden, der von Baltimore kam, daß jedoch eines der Boote umschlug, und seine Insassen in den Wellen begraben wurden, wie man bisher annahm, einschließlich Miß Fairal, der einzigen Tochter unseres Herausgebers. Heute können wir unseren Lesern mit einer Nachricht aufwarten, die selbst angesichts des tragischen Ereignisses unsere Herzen mit Freude erfüllt und die auch und die auch in den Herzen unserer Freunde Widerhall finden dürfte: Miß Fairal lebt, freilich aber unter den eigenartigsten und gefährlichsten Umständen. Zugleich erinnern wir daran, daß Neuyork Banner unlängst ein Schiff ausrüstete, um das Sargasso-Meer zu erforschen, daß dieses wegen irreparablen Maschinendefekts von der Mannschaft seinem Schicksal überlassen werden mußte. Unser, mit der Führung der Expedition betrauter Korrespondent, Fritz Leberkusen, blieb seitdem verschollen. Mit der uns eigenen Zähigkeit, die unsere Leser an uns zu schätzen wissen, haben wir jedoch unseren Bemühungen, unseren Lesern Außerordentliches zu bieten, nicht nachgelassen und unser Ziel weiter verfolgt. (Hier log der Neuyork Banner, daß sich die Balken bogen.) Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! In Ermangelung eines Besseren haben wir den Frauenmörder Francis Havard, früher Leutnant in der Marine der Vereinigten Staaten, zu unserem Korrespondenten ernannt, und er ist es, der dem Neuyork Banner täglich auf Welle 3500 die prickelnden, spannenden Ereignisse übermittelt, die sich, seitdem die Passagiere die „Queen“ verließen, zutrugen. Da die Familie unseres Herausgebers in höchstem Maße durch diese Ereignisse betroffen wird, hat sich Mister Fairal selbst auf einem Schlachtschiff der Marine der Vereinigten Staaten eingeschifft, in der Hoffnung, seiner Tochter Hilfe bringen zu können. Einige andere Fahrzeuge wurden mit gütiger Erlaubnis des Staatssekretärs der Marine zur Verfügung gestellt, um in die Geheimnisse des Sargasso-Meeres einzudringen. Alltäglich bringt der New York Banner, die größte Zeitung in den Staaten the biggest journal of the world, 250 Zeilen dieses spannendsten aller Berichte, der je durch achtundvierzigzylindrige Rotationsmaschinen gelaufen ist.“

In der Tat sahen die Leser dieser überaus unmittelbaren Berichte die seltsamen Ereignisse, die sich soweit entfernt zutrugen, gleichsam mit eigenen Augen und aus nächster Nähe an.

VII.

Als die Frauen in die Boote gestiegen waren und als die männlichen Passagiere und die Mannschaften sich gerade daran machten, ihnen zu folgen, rannte Jacquett, der schon mehrmals die Treppe hinauf- und herunterlief, wie wahnschleunigst nach unten. Vorsichtig tastete er sich den Korridor entlang, an dem die Kabinen lagen, erreichte endlich sein Ziel, und unter fortwährendem Schwanken des Schiffes gelang es ihm, den Schlüssel in ein Schlüsselloch einzuführen.

Unten herrschte völlige Dunkelheit, da die gesamte Maschinerie an Bord, einschließlich der Dynamos, die für die Beleuchtung sorgten, den Betrieb eingestellt hatte. Als Jacquett die Kabinentür aufschloß, bewegte sich langsam da drinnen etwas: Auf dem Unterbett lag ein vermittels einer Stahlfessel an den Bettpfosten angeschlossener Mann. Den Oberkörper aufgerichtet, lugte er traurigen Blicks durch das Ochsenauge hindurch auf die schäumenden Wellen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241109015/fragment/page=0002